

# Ratschlag

Informationsschrift der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig

Ausgabe  
August 2013  
NR. 70

## KIVAN 2.0 – von Reformfähigkeit und Reformwilligkeit

Michael Schmidt

Das Kita-Vergabeportal KIVAN, das unter [www.meinkitaplatz-leipzig.de](http://www.meinkitaplatz-leipzig.de) zu finden ist, bietet seit dem Zeitpunkt seiner Einrichtung zahlreiche Ansatzpunkte zur Kritik. Die stadteigene IT-Firma Lecos musste viel einstecken, obwohl sie nur begrenzte Schuld an dem Missstand trägt.

Der Ansatzpunkt, ein System zur elektronischen Erfassung von Kitaplätzen und deren Reservierung zu schaffen, war m. E. richtig und bundesweit wegweisend. So gibt es mit dem KIVAN ein sehr erfolgreich laufendes Verwaltungsportal, mit welchem die Stadtverwaltung und die Freien Träger ihre Kita-Kapazitäten und damit sämtliche Platzverträge inkl. deren Finanzierung steuern.

Aus Sicht der Eltern, welche sich über das System einen Kita-Platz reservieren sollen, ist das KIVAN jedoch eine mittlere Katastrophe. Sieht man von dem sehr informativen wie auch wichtigen und gut aufgestellten Informationsportal ab, welches den Eltern Wissenswertes über Kita-Plätze, -standorte und pädagogische Konzepte bietet, hat das Reservierungssystem grundlegend versagt. Eine Ratsanfrage ergab in den vergangenen Wochen, dass 2012 in Leipzig lediglich 188 von ca. 5.200 Platzvergaben, also nur 4 %, über das KIVAN erfolgten. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Einerseits stellen die Träger nach wie vor nur einen Bruchteil der Plätze ins KIVAN ein, ganz anders also als eigentlich vertraglich vereinbart.



Andererseits gibt es in Leipzig seit Jahren einen chronischen Mangel an Kapazitäten, der notwendige Ausbau kommt trotz Beschleunigung nur stockend voran, während die Kinderzahl stetig wächst.

Im Ergebnis werden die Plätze weiterhin hauptsächlich über Wartelisten in den Einrichtungen vergeben. Die Eltern sind so gezwungen immer wieder alle in Frage kommenden Einrichtungen abzulaufen und nach einem freien Platz zu fragen. Parallel werden sie aber immer auf das KIVAN verwiesen.

Weiterentwicklungen hat das KIVAN in den vergangenen Jahren nur durch Anträge von Bündnis 90/Die Grünen erfahren. So wurden bspw. Tagespflegeplätze ins KIVAN integriert und die Reservierungszeit von drei auf sechs Monate verlängert. Das Grundproblem konnte aber nicht gelöst werden, die Eltern spürbar bei der Kita-Platzsuche zu entlasten. Im November 2012 haben wir daher einen Antrag ins Ratsverfahren eingebracht, der bis heute nicht abgestimmt ist, weil sich die Ver-

### INHALT

Rücksicht im Straßenverkehr	2
Grundschule Forum Thomanum	4
Distillery braucht Zukunft	5
Jugendförderung braucht Sicherheit	7
Finanzen besser verwalten	8
Coppi- oder Bleichert-Schule?	9
Sportsozialarbeit nach Grünau	10
Radtour durch Nordwest	12
Bäume brauchen unseren Schutz	13
Gehwege instand setzen!	14

waltung nicht zu dessen Inhalten positionieren will (siehe Ratschlag Nr. 68).

Mit dem Antrag „Kitaplatzvergabeportal KIVAN weiterentwickeln“ haben wir nun einen Vorschlag unterbreitet, der wegweisend ist und das KIVAN für die Familien zukunftsfähig gestalten soll. Der Antrag sieht vor, aus dem Reservierungsportal ein rückmeldendes Bedarfserfassungsportal zu machen. So soll jede Familie über einen persönlichen Zugang verfügen und ihren Betreuungsbedarf digital erfassen können. Sobald dieser Bedarf durch eine Einrichtung gedeckt werden kann, erfolgt durch die Einrichtung oder den Träger ein Platzangebot an die Familie.

Dass wir eine große Verantwortung auch für Heranwachsende haben, die nicht so leistungsstark ihren Bildungsweg absolvieren und wie komplex die Aufgaben für uns sind, beschreibt Katharina Krefft auf Seite 3

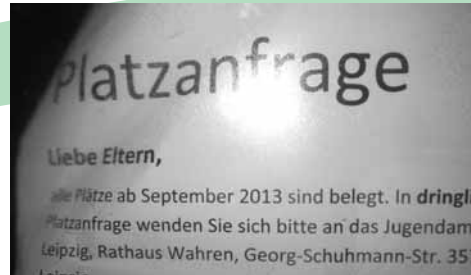
Dass nicht jeder vielleicht sogar wünschenswerte Traum wie die Vollendung des Elster-Saale-Kanals in unserer finanziell schwierigen Zeit voran gebracht werden sollte, erörtert Roland Quester auf Seite 6

Dass der gute Ruf der Musikschule nicht zuletzt auf dem kompetenten Engagement ihrer freien Lehrkräfte beruht und welchen Schwierigkeiten diese ausgesetzt sind, betrachtet Ansgar Maria König auf Seite 11

Die Eltern sind so nicht mehr gezwungen, Tag und Nacht vor dem PC zu sitzen und immer wieder die selbe Suchanfrage zu stellen. Die Träger werden durch die zentrale Bedarfserfassung im KIVAN über eine digitale Warteliste verfügen, ein Nebenher von digitaler und analoger Warteliste ist so überflüssig. Alle Plätze sollen so über das KIVAN verwaltet und vergeben werden, ohne dass die Freien Träger in ihrer Hoheit der Platzvergabe beschnitten werden.

Im Endeffekt wird es eine transparentere und gebündelte Platzvergabe geben, welche für alle Beteiligten Vorteile bietet. Ein Nebenher verschiedener Vergabemethoden erledigt sich dann von selbst.

Da selbst die Lecos davon profitieren wird, da sich ein funktionierendes System mit besserem Ruf viel besser vermarkten lässt, hat sie diese Vorschläge intern selbst bereits vorangetrieben und kann ein überarbeitetes KIVAN 2.0 be-



reits Anfang 2014 zur Verfügung stellen, vorausgesetzt, Stadtrat und Stadtverwaltung sind dazu bereit.

KIVAN 2.0 wird keine zusätzlichen Plätze schaffen, aber die Reservierung und Vergabe transparenter und nutzerfreundlicher gestalten. Das muss allen klar sein.

## Fahr langsam! Spielende Kinder! Reisen statt Rasen

Heike König



„Kjör sakta! Lekande barn!“ – „Fahr langsam! Spielende Kinder!“

Das klingt in Norwegisch und Schwedisch ähnlich, man liest es auch in Norwegen und Schweden ähnlich oft an den Straßen. Manchmal steht da auch: „Vilde dere og barn“ – „Wilde Kinder und Tiere“ wie am Ragnerudssjön in Dalsland.

Es ist ein Verkehrszeichen, das neben Spielstraße und Tempo 30 oder Fußgängerüberweg oder Vorsicht, Schule oder Kindergarten seine Existenzberechtigung durch reichliches Vorkommen begründet und darauf aufmerksam macht, dass das Lieblingskind der Deutschen hier nicht Nummer 1 ist. Grundlagen dafür sind zum einen die reichlich vorhandenen Kinder, zum anderen die ausgeprägte Kinderfreundlichkeit in den beiden Ländern.

Und nicht nur das. Auch die Langsamkeit und Entschleunigung scheinen sich die Schwedinnen und Norweger auf die Fahnen geschrieben zu haben. Tempo 50 in den Städten ist möglich. Mehr aber auch nicht, eher weniger. Einmal mit 50 über einen leeren Zebrastrifen ohne Konsultation des Wörterbuchs oder Vorhandensein

einiger sprachwissenschaftlicher Grundvoraussetzungen ist schlichtweg Learning by Doing. Mist, habe ich jetzt ein Zebra gestreift? Nö, aber ich bin über einen Asphaltberg gefahren. Im besten Fall rappelt es nur in der Kiste, im schlechtesten setzt man mit der Karre erst vorn, dann hinten auf. Aber nur einmal. Schilder mit den lapidaren Worten Fartdempere oder Farthinder bekommen spätestens jetzt Bedeutung und helfen einem möglicherweise auch ohne Übersetzung auf die Sprünge. Aha, Fahrdämpfer, Fahrthindernis! Einfach, aber sehr wirkungsvoll. Und ich wette, im Deutschen hätte das niemand so knapp formulieren können.

Beeindruckend sind die Bedingungen auf Norwegens Straßen. Hier gibt scheinbar die Landschaft den Ton an, nicht der Straßenbauplan. Und auch keine europäischen Vorschriften, denn wir sind im Königreich und auf den „Riksvegen“ unterwegs, was uns ja dem Namen nach zusteht. Straßen jeder Breite sind möglich. Oder sollte man sagen, jeder Schmäle? Irgendwie gibt es im Deutschen kein Wort dafür. Das Wort Begegnungsverkehr scheint hier seinen Ursprung zu haben, denn auf den schmalen Straßen am Fjord oder in den Bergen begegnet man sich, wartet aufeinander, lässt andere vorbei oder wird vorbeigelassen, grüßt und dankt. Sehr angenehm.

Auch über schwedische Autobahnen geht es geruhsam, denn bei Tempo 110 ist hier Schluss. Doch meist reizt das keiner aus. Die Schweden schleichen freundlich und entspannt mit 80 oder 90 dahin und gucken etwas befremdet, wenn wir mit unserem Wohnmobil mal mit 100,5 überholen. Mehr schafft es nicht, weswegen wir uns hier – nicht nur – auf den Straßen so wohl fühlen. Übrigens baut hier auch keiner hässliche Barrieren in Form von

Erdwällen auf, um die Sicht auf die Landschaft zu versperren.

Wieder zu Hause werden wir im Schilderwald und auf den Straßen diese Anleitung zur Langsamkeit schmerzlich vermissen. Der Gedanke an die heimischen Autobahnen treibt uns jetzt schon die Schweißperlen auf die Stirn. Denn ab Rostock sind wir mit Tempo 80 auf der rechten Spur selbst der Farthinder.

### Neues aus dem Stadtrat

#### Naturkundemuseum wieder zugänglich

Mit einer Pressemitteilung vom März teilte das Dezernat Kultur mit, dass der überwiegende Teil der Dauerausstellung des Naturkundemuseums (erste und zweite Etage) an den Wochenenden wieder ohne Voranmeldung geöffnet sei. Seit dem Jahr 2011 war wegen nichterfüllter Brandschutzauflagen die Dauerausstellung des Naturkundemuseums völlig geschlossen. Ab November 2012 wurde die Dauerausstellung wieder teilweise für angemeldete Gruppen bis maximal 15 Besuchende zugänglich gemacht. Bürgermeister Faber berichtete über erfüllte Auflagen aus dem Brandschutz, so sei die Zugänglichkeit der Dauerausstellung in erster und zweiter Etage für Gruppen bis 30 Personen wieder möglich. Außerdem sei Voraussetzung dafür auch der Einsatz von weiterem Wachpersonal. Zeitgleich prüft die Verwaltung, ob das Naturkundemuseum in seinem alten Gebäude oder in einem anderen Gebäude seine Ausstellung wieder vollständig zeigen kann. Das Ergebnis dazu, welches wir mit großer Spannung erwarten, liegt aber noch nicht vor. Wir werden berichten!



# Sparstelle Schule

Katharina Krefft

**Wurde nicht die Bildungsrepublik ausgerufen? Es war 2008, und die Kanzlerin selber verknüpfte diesen Ruf nach „Bildung für alle“ mit dem Versprechen auf Wohlstand. Vom Bildungswohlstand sind wir weit entfernt. Denn Bildung ist kostbar, aber nicht billig, sie braucht einen langen Vorlauf, Vorabinvestitionen und Chancengleichheit.**



In Leipziger Schulen ist davon wahrlich nicht viel zu spüren. Nicht nur die baulichen Bedingungen sind an zu vielen Stellen unzureichend. Die Gebäude haben schwerwiegende Mängel, z. B. beim Brandschutz. Die verfügbaren Finanzen für Sanierungen werden von A nach B geschoben, oft, um einfach nur Schlimmeres zu verhindern – diese Abwägung kennt keine Gerechtigkeit. Hinzu kommt nun noch, dass uns der Geburtsegen noch stärker treibt. Der Baufortschritt gleicht bei diesen angestauten Notwendigkeiten dem Tempo einer Schnecke. Hier erfährt man leider auch praktisch, dass die Mittel im Schulalltag überall fehlen – und mit ihnen gleich auch noch Lehrer und Lehrerinnen, Schulsozialarbeiter und -arbeiterinnen – aber auch an Materiellem für die Arbeit wie Kopien und anderen Lehr- und Unterrichtsmitteln wird gespart.

Aber nicht nur die äußere Hülle ist dürrig. Leipzig hat die mit Abstand höchste Zahl von Schulabbrechenden. 15 von 100 Schülerinnen und -schülern verlassen die Schule ohne Abschluss. Während wir darauf drängen, von der Verwaltung die Wirksamkeit der Maßnahmen und offene Bedarfe vorgelegt zu bekommen, droht z. B. einem erfolgreichen Projekt, dem Schulverweigererprojekt des IB „Die 2. Chance“, das aus Agentur für Arbeit, Freistaat und Stadt – alle zusammen haben es versäumt, die Nachfolgefianzierung abzusichern.

Nicht anders bei der Schulsozialarbeit. Sie ist seit über zehn Jahren gewachsen, zuletzt mit zusätzlichen 16 Stellen aus dem Bundesprogramm „Bildung & Teilhabe“. Es war klar, dass diese Mittel für drei Jahre bis Ende 2013 zur Verfügung stehen und daran anschließend die Stadt einsteigen muss. Und doch erreichte die Vorlage nicht den Stadtrat.

Sehnsüchtig wird eine Bundesratsinitiative abgewartet, während die Jugendhilfe keine Planungssicherheit hat. Die Finanzierung des Angebotes bleibt eventuell letztlich allein bei der Kommune hängen. Immerhin wird die Stadt durch die Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund entlastet. Die Mittel ständen damit tatsächlich aus bzw. im Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule bereit. Die Jugendhilfe, aber auch alle Schulen, Eltern und Kinder und nicht zuletzt viele Schulsozialarbeiter und -arbeiterinnen haben damit leider noch keine Sicherheit darüber, wie es nach 2013 weitergeht. Wir bündnisgrünen Stadträte wollen die Schulsozialarbeit sichern – und stehen damit nicht allein da – und haben deswegen den Antrag V/A 435 „Schulsozialarbeit“ eingebracht, der zum Beschluss im September vorgesehen ist (siehe Ratschlag 69).

Derweilen treibt die Schulen die akute Sorge der grundsätzlichen Sicherstellung des Unterrichtes um. Lehrerinnen und Lehrer fehlen! Trotz Massendemonstrationen in Dresden fallen Schulstunden auch in Hauptfächern aus. Im ersten Schulhalbjahr 2012/13 fielen außerplanmäßig 4,1 % der Stunden an Grundschulen, 5,6 % an Mittelschulen, 4,2 % an Gymnasien und 6 % an berufsbildenden Schulen in Leipzig ersatzlos aus.

Findet der Unterricht dann doch statt, wird am Lehrmaterial geknausert. Dabei war die Grundsatzentscheidung des sächsischen Oberverwaltungsgerichtes vom April 2012 klar: Lehrmittel sind eine Pflichtaufgabe, Arbeitshefte und Kopien sind kostenfrei zu stellen. Leipzig erwartet zu Recht, dass das Land Sachsen dafür aufkommt. Im Förderalismus ist klar geregelt, dass die Länder für den Unterricht aufkommen. Und doch darf die magere Beteiligung des Landes nicht zulasten der Schulbudgets gehen, muss die Stadt nötigenfalls aus eigenen Mitteln draufsatteln.

Unsere Fraktion hat sich mit mehreren Anträgen zu besseren Bildungschancen bekannt: Wir fordern eine Analyse der Angebote für Schulmüde und Schulverweigerer, wir wollen die Schulsozialarbeit an den Grundschulen sicherstellen und Lehrmittel bedarfsgerecht finanzieren. Mit dem Bildungsreport legt die Stadt ein gutes Handwerkszeug vor, das die Bildungserfolge und ihre soziale Spiegelung sichtbar macht. Um „Wohlstand für alle“ zu erreichen, muss mehr Geld in „Bildung für alle“ investiert werden.

## Neues aus dem Stadtrat



### Neuer Sanierungsanlauf beim Stadtteilzentrum „Anker“

Für den Anker wird die lange erwartete Sanierung mit einem Budget von 3,1 Mio. € beschlossen. Baubeginn wird nach der notwendigen Ausschreibung und Vergabe im Jahr 2014 sein. Eine Komplettsanierung wird es jedoch wieder aus Kostengründen nicht sein. So müssen der Gastronomiebereich, die Küche und die Garderobe sowie der Boden des Konzertsaaes weiterhin warten. Der Konzertbetrieb und die soziokulturellen Angebote sollen trotz Sanierung nicht beeinflusst werden.

### Gemeinwesenarbeit für unterversorgte Stadtteile

Zur Stärkung gemeinwesenorientierter Arbeit in Leipzig werden die bestehenden Quartiers- und Stadtteilmanagementangebote gestärkt und zukünftig eine Fördermittel unabhängige Finanzierung sichergestellt. Unser Anliegen dabei ist es, die vorhandenen, sehr sinnvollen sozialräumlich orientierten Ansätze sukzessive mit den neuen Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit und der offenen Seniorenarbeit und diese mit den Freien Trägern sowie Angeboten der Bildungs-, Sozial- und Arbeitsverwaltung zu verknüpfen, so benennt Fraktionschefin Katharina Krefft die Handlungsspielräume. Es gibt tatsächlich schon viel und dennoch bleiben noch z. B. räumliche Potenziale ungenutzt oder werden nicht abgerufen. Aber hauptsächlich sollen durch Gemeinwesenarbeit die freien Ressourcen und die Themen der Bürgerinnen und Bürger zum Tragen kommen können und dafür Räume und Netzwerke vor Ort mit den vorhandenen Aktiven aufgebaut, begleitet und ausgebaut werden.

# Grundschule „Forum Thomanum“ kommt – „Manetgrundschule“ bleibt!

Wolfram Leuze



Die Thomaner sind ein weltweit geschätzter Knabenchor. Johann Sebastian Bach hat den Chor 27 Jahre lang geleitet. Der Chor befindet sich seit Jahrhunderten in städtischer Trägerschaft, was ihm letztendlich seine heutige hohe künstlerische Qualität auch sichert. Die Stadt ist und wird dazu verpflichtet sein, dieses großartige Gut dauerhaft zu erhalten und zu entwickeln.

Der private Verein Forum Thomanum hat sich das Ziel gesetzt, diese Zielsetzung der Stadt zu begleiten und zu unterstützen. Dazu sollte u. a. auch ein durchgängiges Bildungsangebot von der Kita bis zum Abitur dienen. Das Forum Thomanum e.V. als Verein hatte sich xbereits 2006 bereit erklärt, die erforderliche Investition für die im Stadtteil Mitte geplante Kita zu realisieren und die Betreuung einem anerkannten Freien Träger zu übergeben. Dann stellte sich die Frage einer Grundschule. Aus Sicht der Schulnetzplanung hatte die Verlagerung einer bestehenden Grundschule bzw. der Neubau einer weiteren Grundschule im betreffenden Stadtgebiet nicht absolute Priorität.

Der Stadtrat hat daher 2008 im Rahmen des Beschlusses zur Konzeption „Forum Thomanum“ zur Kenntnis genommen, dass das Forum Thomanum plant, im Rahmen des Thomanercampus eine Grundschule in Freier Trägerschaft zu errichten. Als Freier Träger hat der Verein den gleichen Zugang und Anspruch auf Landesfördermittel wie ein kommunaler Schulträger. Unstreitig war bis zu diesem Zeitpunkt jedoch auch, dass die geplante Grundschule in Freier Trägerschaft nur in einer engen, festgeschriebenen institutionellen Zusammenarbeit zwischen Stadt

und Forum Thomanum betrieben werden kann. Diese institutionelle Form der Zusammenarbeit sollte mit Abschluss des Erbbaurechtsvertrages über das von der Stadt im Wege des Erbbaurechts für die Grundschule dem Forum Thomanum zur Verfügung zu stellende Grundstück abgesichert werden. An dieser Koppelung des geplanten Erbbaurechtsvertrages mit der Absicherung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Forum Thomanum wollte sich das Forum letztendlich aber nicht mehr binden.

Dies war der entscheidende Punkt, an welchem der Verwaltung – die leider die Angelegenheit sehr lange nur halbherzig verfolgte – und dem Stadtrat bewusst wurden, dass sie nunmehr keinerlei Einfluss mehr auf die Entwicklung der Thomaner hätten und die Gefahr bestand, dass aus dem städtischen Chor eine rein kirchliche Institution würde. Dies hat zu einer sehr kontroversen Diskussion geführt, bei welcher der Verein um Pfarrer Wolff und Elternvertreterinnen und -vertretern, die eine Petition mit 2300 Unterschriften beim OBM Burkhard Jung (SPD) eingereicht haben, für die Thomaner als Grundschule allein die vom Forum Thomanum betriebene Schule sehen wollten. Dies mag aus der Sicht des Forum Thomanum verständlich sein, die Art und Weise wie sich Pfarrer Wolff jedoch dabei verhalten hat, glich einer Diffamierung des

Stadtrates und fand nicht auf dem Boden der Tatsachen statt.

Fest steht aber, dass im Schuljahr 2015/2016 die Grundschule in Trägerschaft vom Forum Thomanum wahrscheinlich fertiggestellt sein und ab dem Schuljahr 2015/2016 fortgeführt werden soll.

Der auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen nahezu einstimmig gefasste neuerliche Beschluss des Stadtrats, parallel die von den Thomaneranwärtern genutzte „Grundschule Edouard-Manet“ weiter zu qualifizieren, um auch weiterhin ein städtisches Schulangebot vorzuhalten, auf das die Stadt auch noch Einfluss nehmen kann, gewährleistet weiterhin eine ausgewogene schulische Ausbildung der Thomaner.

Wir können uns zwei Schulen zur Thomanernachwuchsausbildung vorstellen, die natürlich nur im gesunden Maße konkurrieren dürfen. Forum Thomanum und die Stadt Leipzig sollen für diese wichtige Aufgabe gemeinsam die Verantwortung übernehmen. Die bisherige Ausbildung an der „Edouard-Manet-Grundschule“ muss weiter qualifiziert werden. Es soll und wird alsbald für diese Schule ein neues Konzept geben, welches für die Schüler die besten Voraussetzungen bieten soll, nach entsprechender Vorbereitung in den Thomanerchor aufgenommen zu werden.

**Wechsel ist etwas völlig Normales: Bei der planmäßig durchgeführten Neuwahl des Fraktionsvorsitzes wurde der langjährige Fraktionsvorsitzende Wolfram Leuze von seinem Amt entlastet.**

Entsprechend seiner Ankündigung vom Februar d. J. hat Stadtrat Wolfram Leuze seinen Rücktritt vom Amt des Fraktionsvorsitzenden erklärt, der seit März Vorsitzender der Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Leipziger Stadtrat war. Wolfram Leuze dazu: „Ich habe dieses Amt mit großer Freude wahrgenommen und danke den Mitstreitern der Fraktion für ihre lebhaftige Unterstützung meiner Arbeit. Wir können auf eine gemeinsame Zeit engagierter kommunaler Politik zurückblicken, die uns zahlreiche Erfolge beschert hat. Nach nahezu 8 ½ Jahren Tätigkeit als Vorsitzender ist es, glaube ich, an der Zeit, rechtzeitig vor der nächsten

Kommunalwahl den Staffelstab in andere Hände zu geben. Demokratie lebt von einem Wechsel in Führungspositionen, denn damit werden ungünstige Verkrustungen im politischen Handeln verhindert. In diesem Sinne ist der Wechsel an unserer Fraktionsspitze etwas völlig Normales. Ich werde nach wie vor im Stadtrat grüne Politik im Interesse der Stadt Leipzig vertreten und meine Nachfolger unterstützen wo es gewünscht ist und wo ich kann.“

In geheimer Wahl wurden heute die sozialpolitische Sprecherin und stellv. Fraktionsvorsitzende Katharina Krefft und der umweltpolitische Sprecher und stellv. Fraktionsvorsitzende Norman Volger als gleichberechtigte Fraktionsvorsitzende (was bei Bündnis 90/Die Grünen ein durchaus übliches Verfahren ist) gewählt. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende bleibt wie bisher die jugendpolitische Sprecherin Annette Körner.



# Die Distillery – ein kulturelles Aushängeschild Leipzigs

Norman Volger

**Vorab: In einem fraktionsübergreifenden Antrag fordern wir die Stadt auf, die Bebauungspläne für das Areal am Bayrischen Bahnhof so zu gestalten, dass ein Weiterbetrieb der Distillery am Standort ermöglicht wird. Einige Leserinnen und Leser werden sich jetzt fragen: Warum? Und was ist die Distillery überhaupt?**



Leipzigs Ruf als Musikstadt lebt vordergründig von der Klassik. Im Bereich der Populärmusik sieht es dagegen schlecht aus. Nicht, was die Qualität betrifft, sondern die Bekanntheit. Seit den Prinzen – und das ist lange her – haben wir keine Leipzigerinnen oder Leipziger in den Charts gesehen oder Bands mit nationaler Bekanntheit hervorgebracht. Umso wichtiger, dass wir mit der Distillery seit über 20 Jahren ein nationales Flaggschiff im Bereich der elektronischen Musik haben, dass den Ruf und die Bekanntheit der Stadt Leipzig in dieser Musikszene mit geprägt hat. Internationale Topacts haben sich in der Distillery die Klinke in die Hand gegeben und sie zum Aushängeschild Leipzigs gemacht. Nicht umsonst gehört die Distillery heute zu den TOP 10 der deutschen Clubs und ist keinesfalls zu vergleichen mit irgendeiner Diskothek.

Die Distillery ist ihrem Stil über die Jahre und den stetigen Wandel in der Szene immer treu geblieben und hat Wert auf künstlerischen Anspruch gelegt. Anspruch vor Gewinnmaximierung – in der heutigen Zeit ist eine sich selbsttragende Kultureinrichtung eher eine Ausnahme als eine Selbstverständlichkeit.

Dabei hat die Distillery junge Künstler bzw. Djs immer gefördert und ihnen Auftritte ermöglicht und so viel für die Nachwuchsarbeit getan. Einige mittlerweile

national bekannte DJs haben in der Distillery angefangen. Nicht von ungefähr haben wir in Leipzig viele kleine oder auch größere Labels für elektronische Musik – mit R.A.N.D.MUZIK außerdem auch noch ein Unternehmen, das noch Schallplatten selbst herstellt und diese Entwicklung unterstützt. Die Distillery ist sicher nicht allein verantwortlich für die Stellung und Entwicklung Leipzigs in der elektronischen Musikszene, hat aber einen Anteil daran. Jede Szene braucht einen Nukleus, um den herum sie wachsen und gedeihen kann, und die Distillery war in den letzten 20 Jahren genau dieser Nukleus.

Eigentlich sollte dies eine Stadtverwaltung wissen und mit diesem Pfund werben. Stattdessen wurde schon mal eine Straße angelegt, die perspektivisch bei der Erschließung und geplanten Bebauung des „Stadt-raums Bayrischer Bahnhof“ direkt durch die Distillery gehen und den Club am jetzigen Standort unmöglich machen würde. Dabei ist es aber letztendlich nicht die Entscheidung der Stadt, ob die Distillery am Standort verbleibt, da es sich um private Flächen handelt. Was wir als Stadt aber beeinflussen können, sind Bebauungspläne und die Quartiersentwicklung.

Die Deutsche Bahn will ein Wohngebiet auf ihren Grundstücken hinter dem Bayerischen Bahnhof entwickeln, was ihr gutes Recht ist. Wir als Stadt müssen aber definieren, wie ein solches Gebiet aussehen soll. Dazu gehören neben Wohnen auch Einzelhandel, Erholung, Kita, Schule und eben auch Kultur. Daher ist es sinnvoll, einen Bebauungsplan aufzustellen, der alle Interessen abbildet und nicht schon per Bebauungsplan das Ende der Distillery bedeutet. Letztlich profitieren alle davon:

- die Bahn, da die Südvorstadt sich ja auch gerade wegen der Kultur- und Gastronomieszene so gut entwickelt hat und damit die Erfolg versprechende Vermarktung des ehemaligen Bahngeländes erst ermöglicht,
- Leipzig, welches seinen Ruf als Musikstadt im Bereich der elektronischen Musik nicht unnötig aufs Spiel setzt und
- letztlich die Distillery, deren Weiterbetrieb ermöglicht wird.

## Neues aus dem Stadtrat

### „Quartiersgarage Rochlitzstraße“ – Parkplätze für Schleußig

Da es auch in Schleußig mehr private Pkw als Parkflächen gibt, wird nun die Möglichkeit zur Minimierung des Parkplatzdefizits durch eine Quartiersgarage untersucht. Es gibt in Schleußig kaum unbebaute Flächen, die für Stellplätze genutzt werden könnten. Viele Fahrzeuge werden insbesondere in der Brockhausstraße widerrechtlich auf den Gehwegen oder in den Straßeneinmündungen abgestellt. Eine Verbesserung der Situation kann nur aus verschiedenen, aufeinander abgestimmten Maßnahmen entstehen. In diesem Zusammenhang sollen nachfolgende Ansätze diskutiert werden: Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr, die Optimierung des Carsharings, bessere Ausnutzung vorhandener privater Tiefgaragen, Ausweichen auf umliegende Gebiete mit geringerem Parkdruck, Änderung der Parkanordnung, Einbahnstraßenregelung, bauliche Umgestaltung der Straßen ggf. unter Wegfall von Bäumen mit dem Ziel der Schaffung neuer Parkplätze. Wir bleiben dran!

### Trotz Mehrkosten von 5,5 Mio. €: Stadtrat beschließt weitere Sanierung der Kongreßhalle am Zoo

Unbestritten: In dem Prestigeprojekt steckt viel Herzblut – insbesondere das des Zoodirektors und des OBM. Hinzu kommt dann auch ein durchaus menschlicher Hang zum überzogenen Optimismus. Leider aber ist es jetzt so weit: Eine Kostenexplosion muss gerechtfertigt werden. Für die Umsetzung des zweiten Bauabschnitts der Kongreßhalle am Zoo ist nach derzeit aktuell vorliegenden Zahlen plötzlich ein Gesamtbudget von 17,72 Mio. € notwendig – eine Erhöhung um ca. 5,5 Mio. €. Grund für die Mehrkosten: Vor allem Daten wurden nicht frühzeitig und umfassend ermittelt.

Unsere grundsätzliche Kritik: Es wurde nicht untersucht, ob das neue Tagungs- und Kongresszentrum im Herzen der Stadt einen Kannibalisierungseffekt zu Lasten anderer Veranstalter nach sich ziehen könnte. Angesichts der Haushaltslage und vor dem Hintergrund der vielen anderen Sanierungsvorhaben bleiben wir bei unserem konsequenten Nein.

# Von der Elster zur Elbphilharmonie – Verschwender aller Bundesländer: Vereinigt Euch!

Roland Quester

**In der Juli-Sitzung beschloss eine von Linksfraktion und CDU getragene Mehrheit im Stadtrat, die in Sachsen-Anhalt zu bewerkstellende Vollendung des Saale-Elster-Kanals gut zu finden und zu befördern. Warum, kann keiner der Protagonistinnen und Protagonisten wirklich erklären.**

rapide an Bedeutung und Volumen, der Kanal blieb über 70 Jahre unvollendet, da er keinen die Kosten rechtfertigenden volkswirtschaftlichen Nutzen mehr hat. Schon auf der naheliegenden Saale gibt es heute kaum noch nennenswerten Güterschiffsverkehr.

dem PKW – dahin fahren, sich dort in ein Schiff setzen und einmal hoch- und runterheben lassen. Oder dabei zugucken. In Belantis nennt sich das Freizeitpark und ist privat finanziert. Hier sollen es mindestens 106 Mio. € öffentlicher Mittel sein, z. T. über Kredite finanziert und noch 5 Mio. € jährliche Unterhalts- und Finanzierungskosten verursachen. Ganz davon abgesehen, dass diese Kostenannahmen eher Wunschdenken als ausreichend realistisch sind, darf man sich angesichts einer Unterhaltsfehlfinanzierung bestehender Bundeswasserstraßen von 65 %, eines mausearmen Landes Sachsen-Anhalt, das gerade Theater schließt, und von Kommunen, die schon Kinderbetreuung und ÖPNV nicht finanzieren können, fragen, aus welchen Töpfen dieses Geld jemals verantwortlich genommen werden soll und worauf man dafür verzichten will, damit ein paar Motorbootliebhaber durch die Agrarsteppe bei NovaEventis fahren können?

Das sich ausgerechnet die „sozialen“ Linken und die mit vorgeblichem Wirtschaftssachverstand ausgestatteten CDU-Räte zusammenfanden, damit diesem Tagtraum weitere Studien und Verwaltungsaufwand gewidmet werden dürfen, hat schon seine ganz eigene Ironie. Der oft anstrengenden Realität entfliehen wir ja alle gerne einmal. Aber – dazu kann man auch ins Kino gehen.



Ein Aha-Erlebnis war die Reaktion eines älteren Herren auf meine in einer Veranstaltung vorgetragenen Argumente dafür, die Fertigstellung des Saale-Elster-Kanals wieder zu den Akten zu legen: Man solle doch nicht immer nur aufs Geld und die Wirtschaftlichkeit schauen. Solchermaßen aufgefordert, die Verantwortung für die defizitären öffentlichen Finanzen außer Acht zu lassen oder, wie CDU-Stadträtin Heymann in der LVZ zitiert wurde, nicht so „kleingeistig“ zu sein, bekam ich eine Vorstellung davon, warum Politikerinnen und Politiker auch abwegige „Visionen“ realisieren, für die später keiner mehr die Hand gehoben haben will.

„Von der Elster an die Alster“ heißt das dann und schon Industriepionier Karl Heine habe diese Gewässerverbindung herstellen wollen. Ja schon, nur dass dieser – wie alle anderen, die damals unterschiedliche Trassen konzipierten – einen ganz anderen und ausschließlichen Grund dafür hatte: die Wasserstraße für Güterschiffe, um Massenschüttgüter wirtschaftlich nach Leipzig transportieren zu können. Mit dem Ausbau des Eisenbahn- und später des Autobahnnetzes verlor die Transportfunktion zu Wasser

Nun solle ein vollendeter Kanal dem touristischen Schiffsverkehr dienen. Nur welchem? Für Kanutourismus uninteressant, konstatiert die beauftragte dicke Potenzialanalyse. Private Motorbootbesitzer, die im Schnitt 26.000 € für ein Boot und 15.000 € für einen Liegeplatz aufwenden können, würden ihn in einem gewissen Umfang nutzen. Es gäbe etwas Ausflugs- und Eventschiffahrt zwischen Leipzig und Merseburg. Auch ein paar Berlinerinnen und Berliner könnten mal einen Trip wagen und über Elbe, Saale und den Kanal bis in den Lindenauer Hafen schippern. Aber dort ist Ende, denn motorgetriebene Privatboote und größere Passagierschiffe dürfen nicht ins Leipziger Gewässernetz.

Doch was bitte, sollen die Leute an der Plautstraße? Ins Kanu umsteigen? Dafür muss man nicht mit dem Boot nach Leipzig kommen. Aber all dieser zusammengerechnete, an den Sommerwochenenden stattfindende Freizeitverkehr reicht hinten und vorne nicht, um den Kanal zu rechtfertigen. Daher müsse ein als „Highlight“ gestaltetes Schiffshebewerk bei Wüsteneutzsch, 2 km vor der Saale, entstehen. Damit die Menschen der Region zu Hundertausenden im Jahr – meist mit

## Dank für Unterstützung

Unser Aufruf im letzten Ratschlag, uns bei den mit der Herstellung und dem Versand verbundenen Kosten einmalig zu unterstützen, hat uns im Ergebnis sehr überrascht. Zusammen haben wir fast 600 € von euch/Ihnen erhalten. Wir danken allen Unterstützerinnen und Unterstützern sehr herzlich und freuen uns über die darin enthaltene Anerkennung für unsere Publikation. Sollten auch Sie zur Unterstützung beitragen wollen, können Sie dies gern unter folgender Bankverbindung tun:  
Kontoinhaber:  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Sparkasse Leipzig  
Kontonr. 1194900638  
BLZ: 860 555 92



# Jugend stärken – Programme benötigen Stetigkeit

Annette Körner



**Der Sommer gibt uns Zeit zur Erholung, zum Nachdenken darüber, was wichtig ist, was uns beschäftigt. Nicht jede und jeder kann ruhen. Vereine bereiten Fördermittelanträge zur Abgabe vor, und die Stadt selbst zurrt am Haushaltsplan für 2014, um ihn uns dann vorlegen zu können.**

Im September drohen für befristet Angestellte in Projekten Schreiben zur Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses zum Jahresende, wenn die Fortsetzung ihrer Finanzierung nicht geklärt wird. Schuljahre sind keine Kalenderjahre, aber Förderungen z. B. in der Jugendhilfe werden für Haushaltsjahre entschieden. Freie Träger engagieren sich im Interesse der Heranwachsenden z. B. mit Programmen, die Jugendlichen eine „2. Chance“ geben oder in „Kompetenzagenturen“ stärken. Sie versuchen dies in Verbindung mit der Schule und den Angehörigen, um Schulabschlüsse zu ermöglichen und berufliche Wege zu öffnen. Jugendliche haben wohl selten keine Lust zum Entdecken und damit zum Lernen, können sich aber weigern bis hin zum Schulabbruch. Dahinter steckt meist ihre soziale Situation, zu der sie Hilfe bedürfen. Sorgen bereiten aktuell das Auslaufen dieser Bundesprogramme zum Projekt „Jugend stärken“ und die Finanzierungslücke bis zum Aufbau neuer Projekte, was Netzwerke und professionelle Hilfen gefährdet. Dass diese weiterhin notwendig sind, zeigen nicht nur die Statistiken, sondern rät auch der gesunde Menschenverstand. Bei Heranwachsenden sind die verantwortlichen Angehörigen noch erreichbar, Orientierung wird gesucht, auch wenn die Pubertät zugleich Distanz und Abgeklärtheit vortäuscht.

Wir fordern bisherige und neu vor der Wahl stehende Bundespolitikerinnen und -politiker ebenso wie unsere Stadt auf, sich für eine nahtlose Fortsetzung dieser Projekte zu engagieren. Die Träger Internationaler Bund und Plan L zeigen Professionalität und Sinnhaftigkeit der Hilfen, die nicht abbrechen dürfen.

Dies ist nur ein Beispiel für die Problematik der Ebenen: Kommune, Land und Bund finanzieren Projekte, aber sehr unterschiedlich in Zeit, Form und Inhalt, was große Anforderungen an diejenigen stellt, die sich für sinnvolle soziale Hilfen engagieren.

Auch zahlreiche Sozialarbeiterstellen, die über das Bundesprogramm „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ finanziert werden, sind in Leipzig zum Jahresende bedroht. So werden aufgebaute Netzwerke und das Vertrauen zwischen Beschäftigten und jugendlichen Teilnehmenden aufs Spiel gesetzt sowie Ängste und Fluktuation beim Fachpersonal erzeugt. Wir fordern für auslaufende Projekte eindringlich Lösungen. Dies beschäftigt uns in Ausschüssen und in den Beratungen mit den Freien Trägern.

Insofern wird wieder ein heißer Herbst folgen, denn schon heute zeigen sich die Finanzierungslücken. Anhand unserer zahlreichen Fraktionsanträge kann das Engagement unserer Fraktion verfolgt und nachgefragt werden. In unserer Fraktion gehen wir die Themen gemeinschaftlich an, vertreten sie abwechselnd in verschiedenen Ausschüssen, treffen uns in kleinen Gruppen mit Bürgerinitiativen oder bieten Veranstaltungen an.

Vielleicht haben Sie Lust, in diesem Sommer auch auf unseren Seiten nachzulesen, sich auf [www.leipzig.de](http://www.leipzig.de) umzutun und unter dem Stichwort „eris“ sich die Beschlüsse des Stadtrats anzusehen, sich eine Meinung zu bilden. Die Vielfalt städtischer Themen ist groß – ich möchte dazu einladen, uns Ihre Meinung zu schreiben und Anregungen zu geben! Auch wir nutzen die beratungsarme Sommerzeit nun zum Reflektieren und zur Vorbereitung unserer ehrenamtlichen politischen Arbeit im Herbst.

## Neues aus dem Stadtrat

### Klimaschutzmanager/-in für Leipzig

Grünen-Initiative erfolgreich: Die Stadt Leipzig bekommt eine Klimaschutzmanagerin bzw. einen -manager. Die Klimaschutzleitstelle, welche die Querschnittsaufgabe Klimaschutz bündelt, soll Synergien zwischen Ämtern, städtischen Betrieben und Institutionen fördern. Eine direkte Anbindung an die oberste Verwaltungsebene (OBM) und eine Ausstattung mit den notwendigen Kompetenzen ist aufgrund der Ressourcen übergreifenden Thematik sinnvoll. In enger Abstimmung mit den Fachämtern sowie mit deren inhaltlicher Unterstützung soll über kurze Entscheidungswege die Handlungsfähigkeit erheblich erhöht werden.

### Radrennbahn zur Kernsportanlage – wir sagen nein

Ein weiteres Prestigeprojekt wird aufgrund der Stadtratsmehrheit fortgeführt. Die SPD-Initiative zur Weiterentwicklung des Areals Radrennbahn zur Kernsportanlage sowie zur Bereitstellung entsprechender Planungsmittel wird von uns abgelehnt, weil sinnvollere Investitionen in die marode Breitensportinfrastruktur dadurch weiter verzögert werden und nur ein lediglich vergleichsweise kleiner Sportlerkreis hiervon massiv profitieren wird. Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hält dies angesichts der maroden Breitensportinfrastruktur (Bauzustand Turnhallen, Sanitärbereiche, unerfüllte Sicherheitsauflagen in Sporthallen etc.) für äußerst bedenklich und sieht in diesem Stadtratsbeschluss eine falsche Prioritätensetzung.

# Haushaltsaufstellung – den Mangel verwalten? Oder doch: Die systematische Herbeiführung des Mangels!

Malte Reupert

**Der Haushaltsplan ist in vielen Einzelheiten – oft unbemerkt – eine politische Weichenstellung oder deren Umsetzung – oder auch Nichtumsetzung. Je nachdem, ob in den vorherigen Jahren gut oder schlecht gewirtschaftet wurde, bleiben neben den unausweichlichen Pflichtaufgaben große, kleine oder auch gar keine Spielräume für die kommunale Politik. Die mutigen Entscheidungen, oder eben auch die Fehler und Unterlassungen von heute wirken über viele Jahre hinaus.**

und Bund, der Bevölkerungszuwachs mit großem Bedarf an neuen Schulen und Kitas, der niedrigste großstädtische Einkommensdurchschnitt in Deutschland und nicht zuletzt die Konzentration verschiedenster sozialer Problemlagen: (jeweils im Vergleich zu anderen ostdeutschen Großstädten) sehr hohe Arbeitslosigkeit, sehr schlechte Schulabschlussbilanz, überdurchschnittliche Drogenproblematik, sehr hoher Aufwand für soziale Hilfen und Hilfen zur Erziehung.

triebe können die notwendigen Investitionen schon lange nicht mehr durchführen. Die Stadtwerke müssen den Leipzigerinnen und Leipzigern aufgrund städtischer Gewinnvorgaben sehr hohe Preise berechnen. Im städtischen Haushalt werden seit Jahren die Mittel zur Instandhaltung der Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur zu niedrig angesetzt, so dass sich der Zustand des Bestandes seit vielen Jahren verschlechtert. Es gibt weder Konzept noch Geld zur Entwicklung einer zukunftsweisenden Mobilitätsinfrastruktur. Mit dem Stand 2013 sehe ich in den folgenden Arbeitsbereichen die Möglichkeit zur Umsteuerung mit dem Ziel, die Haushaltsplanung auf strategische Prioritäten und auf zukünftige Handlungsspielräume umzustellen:

- Entscheiden statt Vertagen und dabei konsequent Prioritäten setzen, nein sagen;
- Priorität für mittel- und langfristige Entwicklungsimpulse einräumen;
- Entschulden und Spielräume für ungeplante Ereignisse (z. B. VNG-Aktien von Dresden kaufen, Ausstieg aus den CBL-Geschäften) einplanen;
- handwerkliche Voraussetzungen guter Haushaltsführung, -planung und -steuerung umsetzen;
- interne Effizienz der Verwaltungsleistung steigern;
- Top-down-Planung statt Zusammenführen der Bedarfsanmeldungen aus den Ämtern;
- Mittelfristplanung verbindlich machen und aktiv zum Weichenstellen (Prioritäten!) nutzen;
- Budgetierung konsequent als Kostendeckelung umsetzen durch Dynamisieren der Projektziele und -steuerung;
- Fachentwicklungsprogramme finanziell untersetzen und deren Finanzwirkungen zusammenführen und mit der Mittelfristplanung ins Verhältnis setzen.

Fazit:

Heute hängt es ausschließlich von der Zielstellung und dem Geschick des Kämmers bzw. der Kämmerin (Einbau von Sollbruchstellen im Haushalt und damit schnellstmögliche Verhängung von Haushaltssperren, Durchsetzen von Budgetdeckelung) und dem Willen des OBM, Prioritäten zu entscheiden und durchzusetzen, ab, ob eine nachhaltige Haushaltsführung gelingt. Die Aufstellung eines nachhaltigen, also auf zukünftige Spielräume bedachten, Haushaltes ist aufgrund der politischen Mechanik der Mehrheitsbildung sehr unwahrscheinlich.

Diese Grundsituation überdehnter (und verzettelter) Haushalte ist eine logische Folge des politischen Systems demokratischer Willensbildung: Entscheidungen sind fast immer zuerst innerhalb und danach zwischen den einzelnen Fraktionen Kompromisse nach dem vereinfachten Schema: „Ich stimme Deinem zu, wenn

du Meinem zustimmst.“ Und da die summierten einzelnen Fachinteressen gegenüber der strategischen Finanzpolitik immer in der Mehrheit sind, ist eine Haushaltsaufstellung bis an den Rand des Möglichen – und dies Jahr für Jahr und erst recht im Jahr vor den nächsten Kommunalwahlen – sehr wahrscheinlich.

Und da dies für mehr als 90 % aller Kommunen, die Bundesländer (mit Einschränkungen für Bayern und Sachsen) und den Bund (und spiegelbildlich auch für fast alle anderen demokratischen Staaten) zutrifft, scheint es einen kausalen Zusammenhang zwischen Parteiendemokratie und Haushaltsüberdehnung zu geben.

Leipzig ist nun an einem Punkt, wo die negativen Folgen der eigenen Finanzpolitik die bisher wesentlich zur Entwicklung beitragenden Erfolgsfaktoren im Wettbewerb der deutschen Großstädte um die Ansiedlung junger, gut ausgebildeter Menschen und von Unternehmensgründungen aufzufressen drohen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Die Mieten ziehen aufgrund knapper werdender Wohnungen spürbar an. Die Verkehrsbe-

## Aktuelle Prognose für den Ergebnishaushalt 2014

### Ansätze Schlüsselzuweisung

Schlüsselzuweisungen gesamt – allgemeine + investive



Leipzig hat sich in den vergangenen 15 Jahren in eine quasi permanente Haushaltsnotlage manövriert. Eine Ausnahme bildete da – welch wundersamer Zusammenfall – der Haushalt für das OBM-Wahljahr 2013. Die aktuelle Entwicklung zeigt jedoch, dass der Stadtrat hier bereitwillig einer kollektiven Selbst(?)täuschung aufgesessen ist. In diese Situation haben folgende selbstverschuldete Faktoren geführt:

- a) das langjährige Ausreizen der Schuldenobergrenze, b) das Auslagern von Schulden und Risiken auf städtische Unternehmen (LVV-Gruppe, Alte Messe, Cross-Border-Lease-Geschäfte),
- c) das Verschleppen notwendiger Reformen (Kulturetat, Verwaltungsreform),
- d) das Ausdehnen der kommunalen Steuersätze bis an die Grenze des Schädlichen, e) z. T. zu hohe und damit nicht stabil und dauerhaft erfüllbare Erwartungen an viele städtische Unternehmen sowie f) mehrere ehrgeizige und teure Stadtentwicklungsprojekte (Zoo, Lindenauer Hafen, Kongresshalle).

Dazu kommen externe Faktoren wie rückläufige Transferzahlungen von Land



# Coppi-Schule oder Bleichert-Schule? Nicht nur ein Namensstreit

Bert Sander (WVL)

**Zum Sachstand: Das ehemalige Schulgebäude in der Breitenfelder Straße 17/19 in Gohlis, das bis 2007 die „Hans-und-Hilde-Coppi-Schule“ beherbergte, wird seit 2011 aufwändig saniert und soll ab 1. August dieses Jahres der 68. Schule, die seit 1992 in einem Plattenbau in der Diderotstraße in Möckern untergebracht ist, zur Verfügung stehen.**

2007 sprach sich die Leipziger Verwaltungsspitze dafür aus: Die beiden Mittelschulen 68. Schule (Diderotstraße) und die „Hans-und-Hilde-Coppi-Schule“ (Breitenfelder Straße) sollen zum Schuljahresbeginn 2007/2008 *zusammengelegt* werden. Nach dem der Verwaltungsvorlage zustimmenden Stadtratsvotum nahm die 68. Schule die vier noch verbliebenen Klassen der „Hans-und-Hilde-Coppi-Schule“ auf. Die Schulkonferenz der Coppi-Schule hatte die Zustimmung zur *Zusammenlegung* allerdings mit der ausdrücklichen Bitte verbunden, dass der Ehrenname Hans-und-Hilde-Coppi für die nunmehr neue Schule erhalten bleibt.

Im Januar dieses Jahres hat sich die Schulkonferenz der 68. Schule für den Namen „Bleichertschule“ ausgesprochen. Im März reichte die Schulleitung den Antrag zur Namensgebung bei der Stadt ein. Der Stadtrat sollte über diesen Vorschlag am 10. Juli votieren. Dazu ist es jedoch nicht gekommen, die Verwaltung hat die Beschlussvorlage, nicht zuletzt auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zur nochmaligen Beratung zurückgestellt.

Warum dieser Hickhack? Üblicherweise nämlich folgt der Stadtrat dem demokratischen Votum der Schulkonferenz. Warum aber in dem uns vorliegenden Fall nicht un widersprochen?

Zum einen: In der Schulkonferenz der 68. Schule stand – wie sich jüngst herausstellte – die der ehemaligen Coppi-Schule angestrebte Namensfortführung erst gar nicht zur Debatte. Wir wissen nicht bzw. wollen nicht darüber spekulieren, welche Motive die Schuldirektion der 68. umgetrieben haben, den Namen Coppi von vornherein nicht auf die Liste der möglichen Schulnamen zu setzen bzw. ihn von dieser zu streichen.

Zum anderen: Wie auch immer die Entscheidung der Schuldirektion/der Schulkonferenz gegen den Namen Coppi zustande gekommen ist, sie ist – zumin-

dest meiner Meinung nach – falsch. Geradezu plastisch wird die „Falschheit“, so man sich das folgende Szenarium mal

Am 12. September 1942 wurden Hilde und Hans Coppi verhaftet. Hans Coppi wurde am 19. Dezember 1942 zum Tod verurteilt. Drei Tage später wurde er erhängt. Hilde Coppi wurde am 20. Januar 1943 zum Tod verurteilt. Hans und Hildes Sohn Hans kam am 27. November



1942 im Berliner Frauengefängnis Barnimstraße zur Welt. Ihre Hinrichtung wurde bis in den August aufgeschoben, damit sie ihr Kind stillen konnte. Am 5. August 1943 wurde Hilde Coppi enthauptet. Hilde Coppi beging in den Augen der Nazi-Richter bereits deswegen Hochverrat, weil sie u.a. den Moskauer Rundfunk abhörte. Dort übermittelten gelegentlich deutsche Kriegsgefangene Grüße an ihre Angehörigen in Deutschland. Hilde Coppi notierte sich deren Namen und Anschriften und teilte den Familien umgehend mit, dass ihre Söhne oder Männer noch lebten. Hilde Coppi wollte auf diese Weise auch die Nazi-Propaganda widerlegen, der zufolge »die Russen« grundsätzlich alle Kriegsgefangenen liquidierten.

vorstellt, nämlich, die Schulkonferenz hätte zwischen Bleichert und Geschwister Scholl zu entscheiden. Um die Brisanz des vorliegenden Falles deutlich zu machen, fasse ich ihn mal auf eine – allerdings nur vermeintlich – paradoxe Weise zusammen: Eine Entscheidung für Coppi *ist keine* Entscheidung gegen Bleichert, aber eine Entscheidung für Bleichert *ist eine* Entscheidung *gegen* Coppi.

Nur anscheinend haben wir es mit gleichberechtigten Namen der Geschichte zu tun. Hilde und Hans Coppi sind aber nicht einfach nur Namen, sondern sie sind Programm bzw. sie sind *moralische* Verpflichtung. Um es unmissverständlich zu sagen: Einen Namen wie Hilde und Hans Coppi kann man schlechterdings nicht zurückweisen bzw. ablehnen; das Schicksal von

Hans und Hilde Coppi verpflichtet Generationen.

Und weiter: Wir verhandeln hier über mehr als nur über *eine* Namensgebung, in diesem Fall geht es grundsätzlicher zu; wir verhandeln hier über Erinnerungs- und Gedenkkultur überhaupt, also über Umgangsformen mit der/unserer Geschichte. Und vielleicht ist es in diesem Zusammenhang tatsächlich notwendig, einem besonders dämlichen Vorurteil bzw. Ressentiment zu begegnen: Eine Namensgebung „Hans-und-Hilde-Coppi-Schule“ bedeutet keine Wiederkunft der DDR, sondern sie bedeutet ein Gedenken an antifaschistischen Widerstand, und zwar eines Widerstandes, der im Falle von Hilde und Hans Coppi auf einer Stufe mit z. B. dem der Geschwister Scholl steht. Und es geht heute im Falle von Hilde und Hans Coppi auch nicht darum, den Widerstand von kommunistischer Seite gegen das Nazi-Regime besonders herauszustreichen, sondern darum, den antifaschistischen Widerstand an (den leider nur wenigen) konkreten Personen bzw. Schicksalen wie etwa denen von Dietrich Bonhoeffer, Kardinal Graf von Galen, Georg Elser, Geschwister Scholl oder Stauffenberg festzumachen.

Kurz und deutlich, ich erachte die Entscheidung der Schuldirektion nicht nur für *falsch*, sondern darüber hinaus auch als *herzlos*.

Am Rande: Auch ein Nein gegenüber der Entscheidung der Schuldirektion/der Schulkonferenz vonseiten des Stadtrats wäre kein undemokratischer, oktroyierender Akt, sondern immer noch ein demokratischer.

## Neues aus dem Stadtrat

### Hirschfeld-Tage 2018 in Leipzig?

Die Stadt Leipzig wird für die Ausrichtung der Hirschfeld-Tage 2018 eine Kandidatur bei der Magnus-Hirschfeld-Stiftung anmelden. Die Planung und Organisation der Hirschfeld-Tage, die in der Regel 30 Events umfassen, soll in Kooperation mit einem Leipziger Verein vorbereitet und durchgeführt werden. Ein Finanzierungsplan wird von der Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweise nach Abstimmung mit vorherigen Ausrichtern erstellt.

# Sportsozialarbeit nach Grünau!

Ingo Sasama

**Eine „Horde“ Jugendlicher „lungert“ an ihrem Weg, lacht, brüllt und kreischt, balgt sich miteinander, spielt mit einer Büchse Fußball. Vorbeigehende werden angepöbelt, Bierflaschen und Müll nach Passanten geworfen, dumme, abfällige und oft rassistische Bemerkungen gerufen.**



Eine Situation, die nicht nur Ältere und Kinder erschreckt, sondern bei der man sich selbst als Erwachsener erheblich verunsichert fühlt ...

Jugendliche werden oft aus ihrer motorischer Unterforderung heraus aggressiv, sie müssen „Dampf ablassen“, sie zerstören, handeln destruktiv und sind orientierungslos. Dergleichen negatives Verhalten fällt derzeit insbesondere in Grünau öffentlich auf.

Die vorhandenen sozialpädagogischen Maßnahmen der Stadt, das Bemühen des Alleecenter-Managements oder die Interventionen der Polizei konnten die Situation bisher nicht entspannen. Aber dies erwarten die Kundschaft und die Menschen im Stadtteil zu Recht.

Eine positive Verhaltensveränderung ist weniger durch Druck und Strafe erreichbar. Dies zeigen die schon länger bekannten lerntheoretischen Studien aus den 1970er und 1980er Jahren. Gerade in diesen Peergroups herrschen andere Regeln, so steigt der Respekt voreinander, je mehr man sich widerstandsfähig gegen gesellschaftliche Autoritäten oder Erwartungen zeigt. Eine gute und alternative Möglichkeit, eine Verhaltensänderung in Richtung der Entwicklung von Sozialkompetenz sowie zu pro sozialem Verhalten zu erreichen, bietet die sportbetonte Jugendsozialarbeit.

Viele Sport- und Vereine der Jugendhilfe unterbreiten jetzt schon zahlreiche Angebote, über deren wachsenden Erfolg und Annahme wir uns sehr freuen. Die

stetig wachsenden Mitgliederzahlen bei den Sportvereinen besonders im Kinder- und Jugendbereich sind dafür bereiter Ausdruck. Eine sportlich-aktive Freizeitgestaltung, also eine außerschulische Alternative, Körperwahrnehmung zu schulen und soziales Lernen mit Sport- und Bewegungsbezug zu erfahren, ist eine wichtige Voraussetzung für eine ausgewogene ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung. Sport und Sportvereine sind für sportlich aktive Heranwachsende eine wichtige Säule der Freizeitgestaltung. Neben dem persönlichen Freizeitwert für den Einzelnen übernehmen diese Sportvereine für die Gesamtgesellschaft mit ihrem Angebot die Übermittlung gewünschter Kompetenzen, die sich positiv auf die Persönlichkeitsbildung auswirken, indem sie die Ausbildung und Festigung von sozialen Kompetenzen wie Fairness, Respekt vor dem Gegner, Akzeptanz von (Spiel-)Regeln, Teamgeist, pro soziales Verhalten und Durchhaltevermögen fördern.

Aber wie ist die Situation für Jugendliche, die diese Angebote – wie im Fall Grünau – nicht erreicht?

Der Ansatz sportbezogener Jugendsozialarbeit wird in Deutschland insbesondere in Berlin verfolgt. Hier arbeitet schon seit mehr als 20 Jahren der Verein für Sport und Jugendsozialarbeit e.V. (vsj) im Rahmen sogenannter Sportjugendclubs. Diese Form der sportbezogenen Jugendsozialarbeit wurde im Jahr 2008 von Schliermann und Stoll im Rahmen einer quasi-experimentell ausgerichteten Längsschnittstudie wissenschaftlich evaluiert. Hierbei standen insbesondere die Wirkungen dieser Intervention (im Vergleich zu einer Gruppe Jugendlicher ohne diese Form der Sozialarbeit) auf ausgewählte Persönlichkeitsbereiche im Fokus. Das untersuchte Klientel beinhaltete einen hohen Anteil an Scheidungskindern, sozial benachteiligte und unterprivilegierte sowie einen hohen Prozentsatz bereits straffällig gewordener Jugendlicher. Positive Effekte wurden gemessen bei der persönlichen Zielerreichung bei Schwierigkeiten (allgemeine Selbstwirksamkeit), einem positiveren Körperbild sowie in einer höheren positiven Einschätzung ihrer sport-motorischen Fähigkeiten.

Auf unsere Forderung hin, die in enger Abstimmung mit unserem Stadtbezirksbeirat Jürgen Kasek entstand, wird die Stadt im

Rahmen der Umsetzung des Fachplanes Kinder- und Jugendförderung nunmehr verstärkt Sportvereine in die Kinder- und Jugendarbeit mit sozialräumlicher Orientierung einbeziehen. Dabei können die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen unterstützend für die Übungsleiterinnen und -leiter in den Sportvereinen wirken. Hier sollen auch die sportbezogenen Angebote der Region im Netzwerk verankert werden. Gemeinsam mit der Sportjugend des Stadtsportbundes und dem Amt für Jugend, Familie und Bildung wird jetzt eine Arbeitsgruppe gebildet. Des Weiteren sollte das Thema in die Weiterbildungen sowohl der Sozialarbeiter als auch der Übungsleiterausbildung des Stadtsportbundes aufgenommen werden.

Es wird geprüft, ob der Planungsraum Grünau als Modellgebiet günstige Voraussetzungen für diesen Entwicklungsprozess bietet und wie der Projektansatz in Grünau unter den aktuellen Rahmenbedingungen umgesetzt werden kann.

Im Ergebnis dieser Prüfung wird ein Vorschlag zur weiteren Entwicklung und ggf. zum Ausbau dieses Modellansatzes erarbeitet und der Ratsversammlung 2015 zur Entscheidung vorgelegt. Ein guter Weg!



(Studie: Schliermann, R. & Stoll, O. (2008). Wirken Sportangebote der Jugendsozialarbeit auf ausgewählte Persönlichkeitsbereiche? Neue Praxis, 2, 160-172)

## Neues aus dem Stadtrat

### Neuausschreibung von Werbekonzessionen

Der Stadtrat hat die Beendigung der Werbeverträge und Neuausschreibung von Werbekonzessionen beschlossen. Keine Mehrheit fand unser Änderungsantrag. Unsere Fraktion strebt eine deutliche Reduzierung der Werbung im öffentlichen Raum an. Wir waren und sind der Auffassung, dass zukünftig in erster Linie Werbeanlagen zugelassen werden sollen, die zumindest einen stadtpolitischen Nutzen erbringen, wie bspw. öffentliche Toilettenanlagen oder Stadtpläne auf der Rückseite. Der OBM hat zugesagt, das entsprechende Konzept vor der Neuausschreibung öffentlich beraten zu lassen, wozu wir erneut aktiv werden.



# „Honorarkräfte“ – die allein gelassenen Arbeitnehmenden

Ansgar Maria König

Die kommunale Musikschule „Johann Sebastian Bach Leipzig“ gehört zu den Vorzeigebildungsinstituten in Leipzig. Ohne Übertreibung kann man von einer Erfolgsgeschichte sprechen. 292 Lehrende unterrichten auf hohem Niveau 10.873 Schülerinnen und Schüler.

Dass die Anmeldezahlen seit Jahren steigen, ist zwar ein Zeichen für den guten Ruf der Schule, die immer größer werdende Warteliste kann aber nicht befriedigen. Wir weisen jedes Jahr auf dieses Problem hin, geändert hat sich wenig. Ein in diese Richtung gehender Antrag ruht zur Zeit, denn der OBM hat versprochen, tätig zu werden. Wir werden aufmerksam die Entwicklung verfolgen und nachhaken.

218 Lehrkräfte der Musikschule arbeiten auf Honorarbasis. Traditionell unterrichten Musikerinnen und Musiker gern auch nebenberuflich. Das Weitergeben des eigenen Könnens gehört zum Berufsethos von Musikschaffenden. Die Summen, die für eine Unterrichtsstunde an der Musikschule gezahlt werden, sind dabei mehr Aufwandsentschädigung als gerechter Lohn. 17 €, die versteuert werden müssen und auf die Sozialabgaben zu entrichten sind, sind kaum finanzieller Anreiz für diese verantwortungsvolle Aufgabe.

Kein Wunder, dass Honorarkräfte im Nebenberuf immer weniger werden und ersetzt werden durch hoch qualifizierte Lehrende auf freiberuflicher Basis. Nicht nur aus Osteuropa kommen viele dieser Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch immer mehr einheimische Musikerinnen und Musiker finden keine Anstellung und sind auf diese Honorarstellen existenziell angewiesen. Ähnlich wie an der Volkshochschule ist es unübersehbar, dass immer mehr auf freiberuflich tätige Honorarkräfte gesetzt wird. Dies ist die logische Konsequenz einer Entwicklung, die ökonomische und betriebswirtschaftliche Interessen in den Vordergrund rückt und dabei die in diesen Verhältnissen arbeitenden Menschen vernachlässigt. Honorarmitarbeitende, die diese Stelle oft als einzigen Lohnerwerb haben, dürfen eine Stundenzahl von 13 Wochenstunden nicht überschreiten. Nach Abzug aller Sozialbeiträge bleibt da nur noch der Weg zum Amt, um aufzustocken.



Honorarkräfte haben keine Lobby. Als Freiberuflerinnen und Freiberufler sind sie auf sich allein gestellt. Die Schulen haben den idealen Arbeitnehmenden –hochqualifiziert, billig, flexibel und ruhig. Da sie auf das – wenn auch geringe – Einkommen angewiesen sind, werden sie kaum gegen die Zustände protestieren, Gewerkschaften vertreten die Angestellten, Festangestellte wissen, dass sie ihr tarifliches Gehalt nur bekommen, weil viele freie Kollegen und Kolleginnen in dieser prekären Situation leben müssen.

Die Stadt möchte natürlich auch nichts ändern, erhebliche Mehrkosten lassen kritische Stimmen schnell verklingen. Auch die Politik hält sich zurück, die Verantwortung für den Haushalt hat jeder im Hinterkopf. Und wenn die Zahlen stimmen, schaut man lieber nicht so genau hin. Wie Musikschule oder Volkshochschule auf ökonomische Zwänge reagieren, indem sie auf Kosten von Mitarbeitenden – nichts anderes sind die „Honorarkräfte“ – sparen, ist nur eines der Beispiele dafür, dass etwas schief läuft in unserer Gesellschaft. Man kennt gerade auch die Auswüchse im Sozialbereich. Als Kommunalpolitikerinnen und -politiker haben wir nur wenige Möglichkeiten gegenzusteuern, aber vielleicht wird die Stadt ja auch gezwungen, etwas zu tun. Eine Lehrerin der Volkshochschule hat sich wegen Scheinselbstständigkeit selbst angezeigt und gewonnen! Die Stadt klagt weiter, wenn sie verliert, rollt da was auf uns zu ... Ein Glück für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Stadt ein weiteres finanzielles Risiko.

Bei allen finanziellen Zwängen darf Sparen nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen, Arbeit muss angemessen bezahlt werden, dieser gesellschaftliche Konsens wird immer mehr in Frage gestellt. Die Schere zwischen Arm und Reich geht im-

## Neues aus dem Stadtrat

### Modellvorhaben gegen Jugendarbeitslosigkeit „JOBLINGE“

Die Stadt Leipzig ist seit 2011 Modellstadt für das Projekt „JOBLINGE“. Die Initiative, die das Engagement der Wirtschaft, der öffentlichen Hand und der Bürgerschaft miteinander verbindet, richtet sich an benachteiligte Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren, die nicht mehr schulpflichtig sind und bisher keinen Anschluss an den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt gefunden haben. Die heterogene Zielgruppe lässt sich als „schulmüde, aber arbeitsmotiviert oder -motivierbar“ charakterisieren. Die Jugendlichen im Projekt können aus eigener Kraft einen Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt nicht schaffen. Der Stadtrat hat jetzt beschlossen, das Projekt weiterhin finanziell zu unterstützen, da die Erfolge sich einstellen. Die Laufzeit verlängert sich bis zum 31. Dezember 2014 und die möglich Teilnehmerzahl kann von 150 auf 213 erhöht werden. Es wird jetzt zusätzlich ein intensiviertes Nachbetreuungsangebot geben. Aus den Teilnehmergruppen des Projektes konnten 70 % der aufgenommenen Teilnehmenden ein Ausbildungsverhältnis beginnen. Derzeit befinden sich der Vorstand der Joblinge gAG Leipzig und der Freistaat Sachsen in Gesprächen über die weitere Förderung des Modellvorhabens „JOBLINGE“ aus Mitteln des ESF in der EU-Förderperiode 2014–2020.

### Ergebnis Ausschreibung Markthalle

Im April 2012 beschloss der Stadtrat nun endgültig den Bau einer Markthalle auf dem Areal Wilhelm-Leuschner-Platz. Ein Jahr später erfolgte die Ausschreibung für das 7300 qm große Markthallengrundstück, die am 3. Juni 2013 endete. Bisher gibt es keinerlei Information zum Ergebnis, ob oder wer sich das für eine Mindestsumme von 2,45 Mio. € ausgeschriebene Grundstück gesichert hat. Wir fragen daher detailliert nach dem Sachstand. Bürgermeister Albrecht antwortete: Die Abgabefrist endete am 5. Juni 2013. Zwei Angebote seien eingegangen, worüber noch im Herbst beschlossen werden soll. Es geht voran.

mer weiter auseinander und hat längst schon die oberen Bildungsschichten erreicht – mit den Schultern zucken reicht hier nicht mehr!

# Rückblick: öffentliche Radtour mit unseren Stadträten im Nordwesten am 12. Juli 2013

*Alrun Tauché*



**Organisiert von der Fraktionsgeschäftsstelle unternahmen wir an einem sonnigen Freitag im Juli eine Radtour in den Nordwesten der Stadt.**

Treffpunkt war die Michaeliskirche am Nordplatz. Dort starteten die Stadträtinnen Annette Körner, Heike König, Bert Sander und ich mit den interessierten Gästen. Es ging durch Gohlis auf der stark vom Verkehr belasteten Berggartenstraße bis in die Möckernsche Straße.

Wir hatten Herrn Jana vom Verkehrs- und Tiefbauamt (VTA) eingeladen, mit uns zum ersten Treffpunkt zu fahren, um dort zur Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung durch das zuständige VTA vorzutragen. Erwartet wurden wir von der Bürgerinitiative (BI) „Gegen Schall und Rauch“ und Stadthäuser e. V. Sowie interessierten Anwohnenden. Die BIs waren mit ihrer Petition für Tempo 30 auf der Parallelstrecke zur Georg-Schumann-Straße im September 2012 im Stadtrat erfolgreich. Dazu verhalf auch unser Änderungsantrag, welcher forderte, die Berggarten-, Möckernsche- und Kirschbergstraße von der gegenwärtigen Hauptstraßenfunktion herabzustufen. Herr Jana vom VTA erklärte, dass die gesamte Strecke von der Berggartenstraße bis zur Gohliser Straße bis Mitte September 2013 eine Tempo-30-Strecke wird. Zudem werden zwei Querungshilfen eingerichtet, welche für Fußgängerinnen und Fußgänger die Sicherheit erhöhen werden. Zugleich haben diese Mittelinseln einen die Geschwindigkeit reduzierenden Effekt. Das war für alle Anwesenden eine überraschende Entwicklung. Wir gratu-

lieren den aktiv Beteiligten zu ihrem Erfolg vor Ort und begrüßen ausdrücklich die Einrichtung von Tempo 30 auf einer Hauptstraße. Hier wird der Schutz der Anwohnenden ernst genommen und vielleicht eine Entwicklung ermöglicht, die Beispiel werden kann für andere stark belastete Hauptstraßen in Leipzig.

Weiter ging es zum soziokulturellen Zentrum „Anker“. Freundlich begrüßt von der Geschäftsführerin Frau Engel haben wir uns die verschiedenen Kursräume im neuen Anbau und im Altbau angesehen und gewannen einen Einblick in das vielfältige Programm für alle Altersgruppen. Es wurde uns auf sympathische Art vermittelt: Hier wird viel geboten und neue Ideen sind stets willkommen. Die Sanierung der historischen denkmalgeschützten Bausubstanz des über 100-jährigen ehemaligen Ball- und Konzerthauses, dem „Goldenen Anker“, wird in diesem Jahr umfangreich in Angriff genommen. Über 20 Jahre hat auch unsere Fraktion immer wieder für Mittel gekämpft, um Gebäude erhaltende Maßnahmen durchzuführen. Nun soll zwar trotz weiterhin klammer Kassen auch der Veranstaltungssaal grundhaft saniert werden, jedoch ohne den stark sanierungsbedürftigen Fußboden. Es bleibt also noch einiges zu tun. Ist doch das soziokulturelle Zentrum während seines langjährigen Bestehens zu einem wichtigen Kommunikations- und Begegnungsort aller Generationen im Nordwesten der Stadt geworden.

Vorletzte Station unserer Tour war ein Vor-Ort-Gespräch zur Sanierung des Huygensplatzes am Jobcenter durch eine Mitarbeiterin des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung (ASW). Dieser Platz wird derzeit mit Mitteln aus dem Bund-Länder-Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ bis Mitte Oktober dieses Jahres saniert und aufgewertet. Straßenbahngleise werden aus der ehemaligen Wendeschleife entfernt und der Straßenraum wird neu geordnet. Aus unserer Runde wurde ortskundig bemerkt, dass sich Probleme mit dem häufigen Abbiegeverkehr von der Huygensstraße in die Georg-Schumann-Straße ergeben werden, wenn dies nicht durch eine Ampel geregelt wird. Grundsätzlich soll der

Platz zukünftig mit wesentlich besserer Aufenthaltsqualität für unterschiedliche Nutzungen zur Verfügung stehen. Dann könnten sich hier kleine Wochenmärkte etablieren oder der Bürgerverein z. B. zu einem Fest einladen. Dazu wird hier neues Pflaster verlegt, neue Beleuchtung installiert und viel Grün gepflanzt. Das den Platz dominierende, aber zur Zeit leer stehende Gebäude wird hoffentlich von der Platzaufwertung profitieren. Auch die historische Handschwengelpumpe des Bürgervereins Möckern/Wahren soll wieder aufgestellt werden. Bei dem Ausklang am Auensee im sonnigen Biergarten konnte man noch einmal das Erlebte Revue passieren lassen und bereits Ideen für kommende öffentliche Radtouren der Fraktion austauschen. Wir bleiben dran!

## Neues aus dem Stadtrat

### Elektronisches Werkzeug zur Simulation des Haushaltes

Die Stadtverwaltung erstellt innerhalb des Haushaltsrechners ein elektronisches Werkzeug zur Simulation des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes für die Stadträtinnen und -räte und die interessierte Öffentlichkeit, der Stadtrat folgte dem grünen Antrag. Dies würde die zwingend notwendige, jedoch heute faktisch unmögliche Betrachtung des Haushaltes als Gesamtgleichgewicht fördern, meint Grünen-Stadtrat Malte Reupert. Die Verwaltung schlägt vor, dass das im Dezernat II angesiedelte Projekt Finanzcontrolling entsprechende Möglichkeiten auslotet, die den Vorstellungen des Antragstellers entsprechen.

### Baubeschluss Stadtbahnlinie 15 Lützner Straße: „Zu wenig Gehweg, zu viel Straße.“

Roland Quester, verkehrspolitischer Sprecher unserer Fraktion, kritisierte im Rat, dass die Gehwege punktuell wegen Parkständen lediglich eine Breite von 1,90 m aufweisen. Im Seitenraum sollte nach Stadtentwicklungsplan ein mindestens 2,50 m, in Geschäftsstraßen ein mindestens 3,50 m breites von Hindernissen und anderen Funktionsbelegungen ungestörtes Band für den Fußgängerverkehr zur Verfügung stehen; dieses Band benötigt auf beiden Seiten Sicherheitsabstände von mindestens 50 cm zu Fassaden, Einfriedungen, Bäumen, Radwegen, Fahrbahnen, Stellplätzen und anderen Funktionsbereichen.



# Bäume sind unser Thema

Cordula Rosch

**Mehr Transparenz bei städtischen Baumfällungen sowie Neu- und Ersatzpflanzungen: Ende Oktober 2013 soll die Verwaltung einen Vorschlag zur Internetpräsenz vorlegen. Wir sehen uns als Fraktion und Partei in der Verantwortung für Bäume. Uns erreichen, sicher weil uns auch die Bürgerschaft die Verantwortlichkeit dafür zuspricht, öfter Anrufe dazu.**

Von oben gesehen gleicht die Lindenstadt Leipzig in der Vegetationszeit einem herrlichen grünen Meer. Mit dem Auewald und den Parkanlagen, den grünen Innenhöfen, den Straßenbäumen, den Kleingärten und dazu den „wild gewachsenen“ Bäumen in Brachen sind sie ein hochgeschätzter Teil unserer natürlichen Umgebung. Sie sind Schattenspendender, tragen Früchte, lassen Blätter fallen, haben Blattläuse und sind Heimstadt für Vögel und viele andere tierische Bewohner. In den heißen Tagen dieses Sommers waren die kühlen Schattenplätze in den Parkanlagen begehrt, selbst von notorischen Sonnenanbetenden. Da war es unter den Blätterdächern wie an der Costa Cabana in Wassernähe. Bäume sind nicht nur Holz, sie sind darüber hinaus nützlich, sind von unschätzbarem stadtklimatischen und ökologischen Nutzen.

Da es aber auch begründete Baumfällungen gibt, wie bei Baumkrankheiten und dadurch bedingter mangelnder Standsicherheit oder bei Baumaßnahmen etc., die auch in städtischer Verantwortlichkeit stehen, hat unsere Fraktion erreicht, dass zumindest über alle durch die Stadt Leipzig vorgesehenen Baumfällungen zukünftig öffentlich und frühzeitig, übersichtlich, aktuell und vollständig, d. h. mit höchster Transparenz, zu informieren ist. Zudem soll geprüft werden, wie die Informationen auf der städtischen Website realisiert werden können, sobald Fällungen insbesondere von Straßen- und Parkbäumen sowie geplante Neu- und Ersatzpflanzungen in Betracht kommen. Wir freuen uns, dass die Verwaltung erkannt hat, wie wichtig auch ihr die Kommunikation mit der Bürgerschaft über dieses wichtige Thema ist.

Baumfällungen sollten immer ausgeglichen werden. Wenn durch Baumaßnahmen Bäume gefällt werden, prüfen die zuständigen Ämter, ob und welchen Aus-

gleich der Bauherr dafür bringen muss. Zudem wirbt die Stadtverwaltung mit der Aktion „Baumstarke Stadt“ um private Initiative für Bäume. Anstelle von Geschenken spendet die Gratulantschar dem Beschenkten so ein langfristiges und sinnvolles Geschenk. Mittels einer Patenschaft



über einen jungen Baum werden Zeichen von Hoffnung, vielleicht auf ein langes gesundes Leben und einen Ort der Ewigkeit – zumeist im Zusammenhang mit einem besonderen persönlichen Lebensereignis – öffentlich gemacht. So steht der zur Geburt gepflanzte Baum am Straßenrand des Wohnviertels und wächst mit dem eigenen Kind mit. Auf diese Weise wurden seit 1997 etwa 3000 Bäume in Parkanlagen und am Straßenrand ersetzt und gesetzt. „Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt untergeht, würde ich heute noch einen Apfelbaum pflanzen“, hat Martin Luther hinterlassen.

Das Verhältnis unserer Mitmenschen zu Bäumen ist nicht immer wertschätzend. In der Entscheidung Parkplätze gegen den Hofbaum ist eine nüchterne und ruhige Interessenabwägung schwieriger. Wenn Bäume beseitigt werden sollen, stehen sich Nachbarinnen und Nachbarn zuweilen sehr konträr gegenüber. Dann prallen schnell Interessen und Werte aufeinander. Tatsache ist, die rechtlichen Rahmenbedingungen machen es denjenigen, die Bäume bewahren wollen, sehr schwer. Das „Baum-ab-Gesetz“ der CDU-geführten Landesregierung mit Einfluss auf die weitergehende Leipziger Baumschutzsatzung hat seit dem Beschluss 2010 vielen Bäumen das Ende beschert. Es sind aus dem

generellen Schutz fast alle unsere heimischen Baumarten bis zu einem Stammumfang von 1 m Umfang genommen worden. Mit welchem Alter erreicht ein heimischer Baum diesen Umfang? Nicht in den ersten zehn Jahren. Und es wird noch schlimmer werden: Mit dem neuen sächsischen Gesetz zur Bereinigung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege vom 6. Juni 2013 braucht es nun bei genehmigungspflichtigen Bauvorhaben, die auch in durch Baumschutzsatzungen geschützte Gehölze eingreifen, ab dem 22. Juli 2013 nur noch den Antrag nach Sächsischer Bauordnung. Die Baugenehmigung also ersetzt ab sofort die Genehmigung nach Baumschutzsatzung. Die Umweltverbände sehen in diesem neuen Gesetz geradezu eine Aufforderung, Bäume bloß nicht groß werden zu lassen. Diese Befürchtung teile ich auch. Wenigstens für nicht mit Gebäuden bebaute Grundstücke gelten die Bestimmungen der Baumschutzsatzung der Stadt Leipzig uneingeschränkt fort.

Sprechen Sie uns dennoch weiter an, wir unterstützen den Erhalt von Bäumen. Und manchmal ist es noch nicht zu spät.

## Neues aus dem Stadtrat

### Ökologisches Gärtnern wird Bestandteil des Wettbewerbs „Kleingartenanlage des Jahres“

Auf unsere Initiative hin wurde nach anderthalb Jahren Beratungszeit beschlossen, dass sich zukünftig Vereine bewerben können, ökologische Anlage des Jahres zu werden. Zukünftig wird die Wettbewerbskommission für diesen Preis Wert auf den Verzicht chemischer Pflanzenbehandlungsmittel und leichtlöslicher Mineraldünger, optimale Nutzung von Niederschlagswasser sowie das Betreiben einer intensiven Humuswirtschaft durch Gründüngung und Kompostierung legen.

Derzeit gibt es im Stadtgebiet von Leipzig insgesamt 275 Kleingärtnervereine. Seit 1999 lobt die Stadt Leipzig jährlich in Verbindung mit dem Stadt- und Kreisverband die „Kleingartenanlage des Jahres“ aus. Dieser Wettbewerb orientiert sich an den Auslobungen zum Bundeswettbewerb „Gärten im Städtebau“. Die Prämierung einzelner Kleingärten wurde als problematisch angesehen, da dies nicht konform mit dem Bundeskleingartengesetz sei, und ist daher nicht beschlossen worden. Leider!



# Jämmerlichen Zustand der Gehwege nicht weiter hinnehmen

Katja Rahnefeld

## 20.000 € für die Energieeffizienz- und Klimaschutzkampagne

Grünen-Fraktionschef Norman Volger zeigt sich hinsichtlich der weiteren Aufstockung des städtischen Eigenanteils auf 20.000 € für die Energieeffizienz- und Klimaschutzkampagne zufrieden. Dies entspricht unserer Forderung in der Haushaltsdiskussion. Das Dezernat Umwelt, Ordnung, Sport teilt mit, dass das Amt für Umweltschutz bereits im Dezember 2012 einen Antrag für das Förderprogramm „Unterstützung vorbereitender Maßnahmen zur Erschließung von Energieeffizienzmaßnahmen in Gebietskörperschaften“ nach der Förderrichtlinie „Energie- und Klimaschutz (EUK/2007)“ gestellt habe. Des Weiteren setzten sich die Eigenanteile aus Mitteln des Amtes für Umweltschutz (10.000 €) und des Stadtplanungsamtes (10.000 €) zusammen. Bei einer Förderung von 75 % können Maßnahmen in Höhe von 80.000 € im Jahr 2013 realisiert werden.



## Gebührenfreie demokratische Teilhabe

Im Zuge der Änderung der Gebührensatzung 2011/2012 gab es den fast einmütigen Willen des Stadtrates, Stände für politische Werbung kostenfrei zu stellen. Dem kam die Verwaltung nach und strich die allgemeine Gebühr, um im Gegenzug eine viel höhere Verwaltungsgebühr einzuführen. Dies war ein unhaltbarer Zustand. Ganz konnten wir die Gebühren nicht abwenden, aber wenigstens konnten wir erreichen, dass in Wahlkampfzeiten für Parteien, Personen und Personenvereinigungen keine Verwaltungsgebühren erhoben werden. Außerhalb der Wahlkampfzeit ist ein Verzicht auf die Verwaltungskosten nicht möglich. In dieser Zeiten wird für politische und von karitativen, gemeinnützigen und religiösen Organisationen betriebene Informationsstände (§ 6 Abs. 3 g der Sondernutzungssatzung) eine Pauschale mit einem Unterwert von 20 € statt 35 € für den ersten Antrag und 10 € statt 15 € für den Folgeantrag erhoben.



**Ein Kind kommt freudestrahlend mit seiner Mutter aus der Kita. Es sieht seinen am Auto wartenden Vater. Die Freude wächst, ein Strahlen erhellt das Kindergesicht, es rennt los – es ist ein Fußweg, das kann es auch. Auf halber Strecke stürzt es auf einem völlig aufgebrochenen Pflaster hin, Tränen ersetzen das Strahlen in den Augen, Schmerzen verzerren das Gesicht. Der geplante Familienausflug ist getrübt. Glücklicherweise sind es nur Schürfwunden und die Familie kann den Nachmittag wie geplant verbringen.**

Wie oft kommt es wohl zu derartigen Zwischenfällen? Nicht immer laufen Stürze auch so „harmlos“ ab. Der Zustand der Gehwege ist an vielen Stellen in Leipzig in einem sehr gefährlichen Zustand. Es ist z. T. davon abzuraten, bestimmte Wege mit einem Kinderwagen oder als mobil beeinträchtigter Mensch nutzen zu wollen. Die Granitplatten sind verschoben, es fehlt Kleinpflaster, Wege sind durch Wurzeln aufgebrochen. Teilweise sind in Wohngebieten Gehwege noch unbefestigt. Weil der Anteil des Fußverkehrs am Stadtverkehr erfreulicherweise dennoch steigt und weiter gefördert werden soll, muss auch die Sanierung von Gehwegen entsprechend verbessert und vorangebracht werden.

Die Finanzierung von fußverkehrsfördernden Maßnahmen erfolgt in Leipzig bisher in nicht allein der Gehwegunterhaltung zugedachten Haushaltsstellen, sondern zusammen mit dem Radwegbau. Eine wahrnehmbare und dringend

notwendige Förderung des Fußverkehrs bzw. eine der Bedeutung des Fußverkehrs angemessene Förderung konnte damit nicht erreicht werden. Für die große und stetig wachsende Personengruppe der Fußgängerinnen und Fußgänger sollte es jedoch obligatorisch sein, dass es ein eigenes Budget für Fußwege gibt.

Gemäß dem in der Ratsversammlung im Dezember 2012 beschlossenen Haushaltsplan stehen für die Unterhaltung von Gehwegen in der Stadt Leipzig ausgehend von einer Initiative unserer Fraktion in diesem Jahr 500.000 € zur Verfügung. Wir haben erreicht, dass der Etat für die Unterhaltung und Instandsetzung der Gehwege somit um 400.000 € erhöht wurde! Aufgrund dieser Erhöhung begann das Verkehrs- und Tiefbauamt mit der Erarbeitung eines Gehweg-Instandsetzungsprogrammes.

In der Regel werden Gehwege im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen neu gebaut. Die Verwaltung hält ein solches separates Gehwegsanierungsprogramm nicht für sinnvoll und zweckmäßig. Aufgrund des wirklich dramatischen Zustandes einiger Fußwege halten wir es jedoch für unbedingt erforderlich, hier aktiv zu werden, um sich weitestgehend gefahrlos in diesem Teil des Straßenraumes aufzuhalten. Vor allem auch unter dem Aspekt, dass es Kindern bis acht Jahren erlaubt ist, auf Fußwegen mit dem Fahrrad zu fahren, weil sie eben noch nicht so routiniert sind, muss etwas passieren. Schlechte Fahrbedingungen beeinflussen das Fahrverhalten erheblich negativ.

Unterstützung erfuhr unser Anliegen durch einen ergänzenden Antrag der CDU-Fraktion, dass dafür ein eigenständiges Gehwegsanierungsprogramm aufgestellt werden muss, welches mit dem mittelfristigen Straßen- und Brückenbauprogramm abzustimmen ist. Eine Prioritätensetzung soll dabei nach der realen Bedeutung der Fußwege für den Fußgängerverkehr und dem tatsächlichen baulichen Handlungsbedarf erfolgen. In die Erarbeitung sind die Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte ausdrücklich einzu beziehen.

Für die Fertigstellung des Gehweginstandsetzungsprogrammes hat die Stadtverwaltung noch bis Jahresende Zeit, wir bleiben dran.!



## Neues aus dem Stadtrat



### Erfolg! Besseres und gesünderes Essen in Schulen und Kitas

Unsere Initiative im Fachausschuss hat im Stadtrat dazu geführt, dass es nach zehn Jahren jetzt wieder Ausschreibungen für die Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft gibt und, dass es Kriterien geben soll, die eine bessere, gesündere Essensqualität sicherstellen. Als Kriterien wurden vorgeschlagen:

- Tägliche Lieferwege zwischen der Küche und allen zu beliefernden Schulen bzw. Kitas überschreiten nicht eine bestimmte Entfernung.
- Zwischen der Herstellung der Mahlzeiten und ihrem Verzehr liegt eine noch festzulegende maximale (kurze) Warmhaltezeit.
- Mindestens zwei Drittel aller verwendeten Zutaten (ohne Gewürze) aller Mahlzeiten sind in weniger als 300 Kilometern Entfernung vom Ort der Zubereitung erzeugt worden.
- Die Verwendung von Geschmacksverstärkern und künstlichen Zusatzstoffen ist nicht erlaubt.
- Das Angebot enthält täglich mindestens einen Mahlzeitbestandteil oder einen Nachtisch aus nicht gegartem Obst bzw. Gemüse.

Die Stadtverwaltung wurde beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens 3. Quartal 2014 einen entsprechenden Kriterienka-

talog zur Beschlussfassung vorzulegen, der vergaberechtlich geprüft und öffentlich umfassend angehört worden ist.

### Optionspflicht für Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft

Zuwandererkinder erhalten seit dem 1. Januar 2000 nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz durch ihre Geburt in Deutschland automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Bis zu ihrem 23. Geburtstag müssen die betroffenen jungen Erwachsenen allerdings die ausländische Staatsangehörigkeit abgelegt haben, wollen sie nicht, dass ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wird (die sogenannte Optionspflicht). Aus der Einbürgerungsstudie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge geht hervor, dass fast ein Drittel der „Optionskinder“, die in Deutschland mit doppelter Staatsangehörigkeit leben, nicht ausreichend informiert sind, dass sie ihren deutschen Pass verlieren, falls sie ihren ausländischen Pass nicht rechtzeitig zurückgeben. Wir haben gefragt, was dazu für Leipzig zu wissen sei: Die Stadtverwaltung berichtet, erwartet würden in Leipzig 2013 voraussichtlich 15 Optionsfälle. Voraussichtlich könnten drei Personen die doppelte Staatsangehörigkeit behalten. Bisher habe es in keinem Fall verspätete Rückmeldungen oder Komplikationen gegeben. Den Betroffenen werde rechtzeitig ein Informationsschreiben mit dem Angebot einer ausführlichen Beratung zugeleitet.

## Ratschlag kostenlos!

Möchten Sie den „RATSCHLAG“ regelmäßig mit der Post zugeschickt bekommen? Dann schicken Sie den ausgefüllten Coupon an:  
**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig**  
Stadt Leipzig · 04092 Leipzig

VORNAME, NAME

STRASSE

ORT

PLZ

oder senden Sie eine email an:  
[GrueneFraktion@Leipzig.de](mailto:GrueneFraktion@Leipzig.de)

Wir begrüßen seit 1. August neu im Amt Dorothee Dubrau (parteilos), die auf unseren Vorschlag hin im Stadtrat zur neuen Bürgermeisterin für Stadtentwicklung und Bau gewählt worden ist. Wir wünschen viel Kraft und Erfolg!

Dorothee Dubrau  
geboren 1955, vier Kinder

#### Werdegang:

1978 - 1980 Komplexarchitektin HAG Komplexer Wohnungsbau (Tätigkeitsfeld: Peripherer Wohnungsbau),  
1980 - 1990 Stadtplanerin Büro für Städtebau (Tätigkeitsfelder: Innerstädtischer Wohnungsbau, Stadtsanierung),  
1990 - 1996 Bezirksstadträtin für Bau- und Wohnungswesen Bezirksamt Mitte,  
1996 - 2000 Bezirksstadträtin für Bauen, Wohnen und Umwelt Bezirksamt Prenzlauer Berg,  
01.01.2001 - 29.10.2006 Bezirksstadträtin



für Stadtentwicklung Bezirksamt Mitte (Mitte, Tiergarten, Wedding),  
seit 01.11.2006 selbstständig im Bereich Architektur & Stadtplanung,  
Mai - Oktober 2007 TU Darmstadt

## Impressum

Herausgeber:  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Stadtrat Leipzig  
Neues Rathaus / Zimmer 103

Martin-Luther-Ring 4 - 6  
04109 Leipzig

Tel: 123-2179 / Fax: 123-2175  
E-Mail: [GrueneFraktion@leipzig.de](mailto:GrueneFraktion@leipzig.de)  
[www.gruene-fraktion-leipzig.de](http://www.gruene-fraktion-leipzig.de)

Konto für „Ratschlag“:  
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig  
BLZ 860 555 92  
Konto-Nr. 1194900638

Redaktion:  
Ingo Sasama (Vi.S.d.P.), Katja Rahnefeld,  
Cordula Rosch

Fotos und Abbildungen:  
Pixelio / Stefanie Hofschläger (1), Fraktionsgeschäftsstelle, Distillery (5), Grafik Stadt Leipzig (8)

Druck:  
Druckerei Wagner  
Verlag und Werbung GmbH  
Weststraße 60  
09603 Großschirna OT Siebenlehn



**Katharina Krefft**  
Fraktionsvorsitzende  
Ärztin  
Jahrgang 1978  
verheiratet  
4 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, AR BBVL, AR St. Georg, AR Städt. Altenpflegeheime, Gleichstellungsbeirat



**Norman Volger**  
Fraktionsvorsitzender  
Geschäftsführer DAKS e. V.  
Jahrgang 1978  
verheiratet  
2 Kinder

FA Umwelt/Ordnung, FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, Vergabegremium VOL, AR KWL, AR BBVL, Tierschutzbeirat



**Annette Körner**  
Stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende  
Betriebliche Um-  
weltbeauftragte,  
Geschäftsführerin  
Förderverein UiZ  
Jahrgang 1962  
3 Kinder

Jugendhilfeausschuss / + UA Finanzen,  
FA Wirtschaft und Arbeit, Vergabegremium VOB,  
Umlegungsausschuss, AR LWB, VV ZV Stadt- und  
Kreissparkasse, VV ZV Parthenaue, Migrantenbeirat



**Heike König**  
Projektmanagerin  
Jahrgang 1962  
verheiratet  
4 Kinder  
4 Enkel

Grundstücksverkehrsausschuss, Rechnungs-  
prüfungsausschuss, BA Stadtreinigung und  
Bestattungswesen, AR Stadtwerke,  
AR Gewerbehof + Service GmbH, VV ZAW



**Ansgar Maria König**  
Sänger  
Jahrgang 1960  
verheiratet  
4 Kinder  
4 Enkel

BA Kulturstätten,  
FA Wirtschaft und Arbeit, BA Jugend, Soziales,  
Gesundheit, Bewertungsausschuss AR LVB,  
AR LEVG + LEVG & Co. KG, Leipziger Stiftung  
InnoTec, Regionaler Planungsverband Westsachsen



**Wolfram Leuze**  
Jurist i. R.  
Jahrgang 1939  
verheiratet  
2 Kinder  
2 Enkel

FA Kultur (Vorsitzender), Verwaltungsausschuss,  
Ältestenrat, FA Finanzen, BA Kulturstätten, AR LVV,  
VV ZV Stadt- und Kreissparkasse, Kinder- und  
Familienbeirat



**Roland Quester**  
Leiter der Leipziger  
Umweltbibliothek  
Jahrgang 1965  
Lebensgemeinschaft  
4 Kinder

FA Stadtentwicklung und Bau (Vorsitzender),  
AR Stadtwerke, VV ZV Neue Harth, Kinder-  
und Familienbeirat



**Malte Reupert**  
Bio-Landwirt  
Inhaber „Biomare“  
Jahrgang 1970  
Patchwork-Familie  
4 Kinder

FA Finanzen, FA Umwelt und Ordnung,  
Rechnungsprüfungsausschuss, AR PUJUL, AR LVV



**Bert Sander**  
(WVL)  
Freiberuflicher Lektor  
Dozent  
Jahrgang 1960  
verheiratet  
2 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Kultur,  
FA Allgemeine Verwaltung, FA Stadtentwicklung  
und Bau, AR Zoo, VV ZV Kulkwitzer See



**Ingo Sasama**  
Fraktionsgeschäftsführer  
Jahrgang 1960  
verheiratet  
3 Kinder  
1 Enkel

Grundstücksverkehrsausschuss, FA Sport,  
FA Allgemeine Verwaltung, Petitionsausschuss,  
AR LWB, AR LECOS



**Michael Schmidt**  
Arbeitnehmerberater  
Jahrgang 1977  
Lebensgemeinschaft  
2 Kinder

Jugendhilfeausschuss, FA Sport, BA Jugend, Soziales,  
Gesundheit, AR Sportbäder, AR LVB



**Katja Rahnefeld**  
Referentin  
Jahrgang 1977  
verheiratet  
2 Kinder

AG Straßenumbenennungen,  
städtische Wahlkommission



**Cordula Rosch**  
Referentin  
Jahrgang 1968  
verheiratet  
3 Kinder

Stadtbzirksbeirat Südwest, Fachforum Wohnhilfen,  
AG Recht auf Wohnen



**Alrun Tauché**  
Fraktionsmitarbeiterin  
Jahrgang 1967  
verheiratet

Stadtbzirksbeirat Mitte